

Sehr geehrte Damen und Herren,

Am heutigen 20. Juni, dem Jugendaktionstag im Herzen von Chemnitz, besetzen wir die ehemalige Gedenkstätte „Der Kämpfer“ in der Karl- Immermann- Strasse 23/25. Diese Hausbesetzung ist keine unbedachte Spontanaktion etwaiger Chaoten, sondern vielmehr Ausdruck jahrelangem, teils fruchtlos gebliebenem Engagements derer, die Chemnitz noch bis auf weiteres treu bleiben wollen. Wir verstehen dies als Akt zivilen Ungehorsams und möchten die gesamte Aktion friedlich und gewaltfrei über die Bühne bringen.

Die folgenden Abschnitte sollen darlegen, weshalb wir, eine Gruppe von Auszubildenden, Studierenden und Sinnsuchenden, uns zu diesem Schritt genötigt fühlen - wie wir, die wir noch ein wenig in Chemnitz bleiben wollen, die Entwicklung dieser Stadt in den letzten Jahren wahrgenommen haben.

Menschen eines bestimmten Schlages verlassen die Stadt.

Dass Chemnitz ein tief greifendes Problem hat, entgeht niemandem, auch wenn oft die passende Umschreibung dafür fehlt. Die Wanderungsbilanz ist ausgeglichen, was möglicherweise Kommunalpolitiker zu dem Fehlschluss verleitet, in Chemnitz sei abwanderungstechnisch das Größte überstanden.

Wir wissen hingegen aus Erfahrung, dass der *braindrain*, also die Abwanderung vorwiegend intelligenter, kreativer und überwiegend weiblicher junger Menschen, bereits erschreckende Folgen zeitigt. Da von dieser Bevölkerungsgruppe allerdings die größte „Gefahr“ hinsichtlich zunächst ungewollter „Innovationen“ ausgeht, thematisieren hiesige Medien und Politiker diesen Verlust vermutlich nicht und erfreuen sich stattdessen an der konsensfähigen, recht blassen, verbliebenen Mehrheit.

Die Stadt hat sich, kurz gesagt, von Subkultur entwöhnt.

Die Gründe für das Weggehen vieler Jugendlicher sind freilich komplex und liegen tiefer als die Folgen der Kommunalpolitik der letzten 15 Jahre. Man muss zunächst konstatieren, dass es Menschen vom Schlage derer, die vor zehn bis 15 Jahren hochgeschätzte Institutionen wie die Chemnitzer Filmwerkstatt, das VOXXX oder das Umweltzentrum gründeten, heute nicht mehr in Chemnitz hält. Gerade diese sind es aber, die das soziale und kulturelle Leben in einer Stadt prägen. Wenn wir die Dresdener Neustadt oder Connewitz in Leipzig betrachten, so sehen wir darin das Resultat extremster politischer Forderungen und Kämpfe um Freiräume, die gerade solche Menschen an vorderster Front führten und führen. Nach anfänglichem starkem Widerstand der Städte, ist man dort mittlerweile froh, ein so „buntes“ Aushängeschild zu haben, dass in jedem Stadtführer gern unter dem Signet „Szene“ vorgezeigt wird. Und tatsächlich möchte mittlerweile jeder an der Lebensfreude der ehemaligen Chaoten, Träumer und Lebenskünstler teilhaben. Ein gutes Beispiel ist die „Bunte Republik Neustadt“, ein ehemals anarchistisches Straßenfest, das nun als Stadtteilstadt 100 000 Menschen anziehen vermag. Oft zieht es junge Chemnitzer zum Studium an diese Orte, doch selbst Erwerbslose mit universitärem Abschluss genießen ihr Leben oft lieber in Leipzig als hier.

Die Phänomenologie des Niedergangs

Chemnitz mangelt es an einer funktionierenden Zivilgesellschaft. Zivilisierend wirkende Eliten wie z.B. Studenten oder Professoren erscheinen nur am Rande im gesellschaftlichen Leben und vermitteln ihr Verortet-Sein von vornherein als temporär. Gerade die Professoren der Philosophischen Fakultät, die andernorts das geistige Leben mitbestimmen, führen in Chemnitz die prekäre Existenz, immer auf dem Sprung nach anderswo zu sein. Viele empfinden die Stadt als offenbar so uninteressant, dass sie keinen Gedanken daran verschwenden, in ihr zu wohnen. Dies ist offensichtlich auch die Folge der uneindeutigen Haltung der sächsischen Hochschulpolitik, die es in der Schwebe belässt, inwieweit es die Geisteswissenschaften in Chemnitz in naher Zukunft noch geben wird. Trotz dass die Mehrzahl der Studenten an jenen Fakultäten studieren, werden die Geisteswissenschaften nur stiefmütterlich behandelt. Professuren werden nicht besetzt und Entscheidungen dafür in die Länge gezogen, obwohl die TU über keine geringen Geldmittel verfügt. Die hiesigen Medien berichten stets über die Attraktivität

technischer Fachbereiche, die auf die Bedürfnisse des Marktes zugeschnitten seien. Die Existenz einer Universität mit einem *breiten* Fächerkanon hingegen, ist in weiten Teilen der Bevölkerung überhaupt nicht bekannt.

Auch aufgrund der fehlenden Zivilgesellschaft, können wir eine Verrohung großer Bevölkerungsteile feststellen. Der Nationalsozialistische Konsens in morgendlich zu Ausbildungsstätten fahrenden Straßenbahnen und Bussen wurde uns oft berichtet, wie überhaupt von Zugereisten weniger der „Frohsinn“ und die „Offenheit“ der Bevölkerung gerühmt, als vielmehr die Griesgrämigkeit und Niedergeschlagenheit wahrgenommen wird.

Tendenzen des Rechtsradikalismus werden allzu oft ausgesessen und marginalisiert. Das Signet des Kinderschutzbundes „Gute Fee“, das Kindern hilfsbereite Ladengeschäfte und Institutionen symbolisieren soll, hing beispielsweise monatelang an dem vom Verfassungsschutz aufmerksam beobachteten Ladengeschäft „Backstreetnoise“. Erst nach mehrmaligen Aufforderungen und Druck aus dem Stadtrat, verschwand die „gute Fee“ von dem Geschäft für rechten Lifestyle. Zwei Jahre zuvor konnte erst durch eine Demonstration von AntifaschistInnen erwirkt werden, dass das Ladengeschäft aus den Räumlichkeiten des Bundesvermögensamts ausziehen musste. Es war dabei ein bisher in Deutschland einmaliger Fall, dass eine vom Verfassungsschutz beobachtete Neonaziinstitution zwei Jahre lang unbehelligt in einer Liegenschaft des Bundes mieten durfte. Von der Gesellschaft bzw. ihren politischen Vertretern, wäre keine Reaktion zu erwarten gewesen.

Und so funktioniert es allzu oft so herum, dass erst durch einen überregional aufgebauten Druck, hiesige Entscheidungsträger genötigt werden, einzugreifen. Die Selbstheilungskräfte einer urbanen Gesellschaft sind schlichtweg nicht vorhanden. Und gerade das macht eine Zivilgesellschaft aus.

Unausgesprochene Bedürfnisse

Was vielen Menschen unserer Erfahrung nach in Chemnitz fehlt, sind Orte der Identifikation. Gerade als studentischer Neuankömmling ist Chemnitz oft zunächst eine kleine Katastrophe, wenn man nicht sofort in die guten aber zur Stadt hin hermetisch abgeschlossenen Sozialsysteme der Studentenwohnheime hinein gelangt. Es fehlt an tatsächlichen urbanen Räumen der Selbsterprobung, deren (in Wahrheit vorhandene) Reglementierung nicht gleich auf den ersten Blick offensichtlich wird. Gästen aus anderen Städten fällt oft als erstes auf, wie „clean“ die Innenstadt ist, wie wenig Plakate zu sehen sind, wie überhaupt viele Zeichen von menschlichem Leben fehlen.

Wir möchten nicht behaupten, die Bedürfnislage der Mehrheitsbevölkerung damit erkannt zu haben. Doch unserer Erfahrung nach ist es so, dass junge Menschen, die in den anderen Städten die Vielfalt der Möglichkeiten erkannt haben, erst dann bemerken, was ihnen an Chemnitz schon immer gefehlt und sie gestört hat.

Teils gab es auf der politischen Ebene bereits gute Ideen, die Bedürfnisse der Jugend besser umsetzen zu können. Der Stadtrat Ulf Kallscheidt beispielsweise schlug die Einrichtung einer Stelle vor, an die sich Menschen mit Ideen richten können, um herauszufinden, wie zu deren Umsetzung vorzugehen sei. Leider ging die Idee, wie viele andere, wieder in den Tagesordnungspunkten unter.

Unser Selbstverständnis – Bewohner einer schrumpfenden Stadt

Wir als engagierte Chemnitzer, die gerne das Straßenbild mit unseren Ideen erfrischen würden (und davor braucht niemand Angst zu haben), haben es satt, zuzusehen, wie ein verrammeltes, leer stehendes Haus nach 15 Jahren der absoluten Unzugänglichkeit (weder legal noch illegal) abgerissen wird. Wie gern hätten wir jenes baufällige Haus 5 Jahre vorher legal „bewacht“, bespielt, mit Leben ausgefüllt. Eher noch wird das Haus abgerissen, als dass man es den Bedürfnissen der Bevölkerung einer schrumpfenden Stadt übereignet. Und diese Bedürfnisse liegen offensichtlich nicht mehr darin, Wohnraum nachzufragen, sondern den umfassenden, unüberschaubaren Überschuss an Substanz jeglicher Art noch einmal anzueignen, damit herumzuspielen, noch ein letztes mal hinzuschauen, bevor es endgültig vernichtet wird oder zerfällt. Und dieses Ende naht mit Sicherheit.

Warum also nicht diesen ganzen Schrott, diese schreienden Anzeichen verschwundener, gestorbener oder

nie geborener Menschen, den Verbliebenen, Zurückgebliebenen als Freiräume ihres eigenen kreativen Frusts übereignen? Was spricht dagegen, als ein wenig Kontrollverlust in einer Stadt, in der es ohnehin nicht mehr darauf ankommt.

Es scheint fast so, als wäre der Umgang mit der „Freiheit“ von Lohnarbeit, die die alten Griechen noch schätzten, die uns jedoch heute in eine Identitätskrise stürzt, ganz ähnlich des Umgangs mit den alten Gemäuern. Die ehemaligen Stätten menschlichen Wirkens und Wohnens sind Vielen ein Dorn im Auge, werden in Zeitung und Fernsehen als „Schandflecke“ gebrandmarkt. Möglicherweise sind sie für Manche der persönliche Vorwurf des Versagens und des gesamtgesellschaftlichen Zerfalls und Verfalls und erinnern an vermeintlich bessere Zeiten, die man gern vergessen möchte. Genau wie bei der „Tragödie der Arbeitslosigkeit“, müssen wir uns hier um einen neuen Umgang, um eine positive Umwidmung bemühen. Denn Ausgrenzung, Depression und Abriss sind nur eine kaum nachhaltige Verdrängungsreaktion.

Bis 2020 wird die Bevölkerungszahl nach Einschätzungen des Statistischen Landesamtes von den jetzigen ca. 236.000 auf 207.000 zurückgehen. Dieser Entwicklung kann man nicht mit dem Gestus der Normalität und des „Dienst nach Vorschrift“ begegnen. Wenn wir überhaupt noch länger in dieser Stadt bleiben, so möchten wir an den Veränderungen maßgeblich mitwirken. Der „Rückbau“ über die Köpfe der Betroffenen hinweg, der in maschendrahtumzäumte Häuserlücken mündet, ist eine hochnäsige, ignorante Lösung von inkompetenten Schreibtischtätern, die vermutlich nicht in einem solchen perforierten Wohngebiet, sondern in Einfamilienhausidyllen residieren.

Was damit nicht in Frage gestellt ist, ist die Tatsache, dass es ungenutzte Gebäude gibt, die abgerissen werden müssen. Aber der Stadtumbau muss auch als ein solches Vorhaben betrachtet werden, in dem unbürokratische Sonderregelungen für Nutzungen jenseits des Wohnens oder des Gewerbes möglich gemacht werden.

Entstehende Freiräume sind Ressourcen

Was hier oft ernüchternd klingt, birgt im Gegenteil ein enormes Ressourcenpotenzial. Menschen, die sich ihre Umwelt vielfältig aneignen können, fühlen sich nicht fremd in ihrer Stadt. Im Gegenteil, in einer Umgebung in der ständig die Unmöglichkeit der Umsetzung visionärer, phantastischer und vielleicht auch utopischer Gedanken betont wird, will kein junger Mensch, geschweige denn bewusst lebender Mensch jeglicher Altersklasse leben. Und ein leer stehendes Haus, das ohnehin abgerissen werden soll, noch einmal zu gestalten und zu beleben, ist wahrlich keine Utopie.

Was wir also fordern, ist, dass die Stadt lernen muss, loszulassen. Loslassen von Standards der Ordnung, die ihren Sinn in einem prosperierenden System vielleicht noch hatten, die jetzt jedoch nur noch als unnötige Bremse auffallen. Gerade Stadtplaner fordern ein Umdenken in Sachen Stadtumbau und empfehlen teils indirekt Hausbesetzungen als Mittel der Vergegenwärtigung der Situation.

Die „Wächterhäuser“ in Leipzig, die mittlerweile in der bundesweiten Presse angelangt sind, zeigen, dass wir uns hier in Chemnitz von vermeintlichen Notwendigkeiten einlullen lassen. Selbst die dortige Stadtverwaltung engagiert sich für die Vermittlung jener stillgelegten Baubsubstanz an Kreative. Zum reinen Nebenkostenpreis werden die Häuser daraufhin von den Künstlern etc. „bewacht“ und baulich minimal konserviert. In jedem Fall eine Win-Win-Konstellation für alle Beteiligten, wie sich Realisten aller Couleur ausdrücken würden.

Verpasste Chance Brühl

Wir mussten hinnehmen, dass die GGG trotz jahrelanger Bemühungen um den innerstädtischen Brühl unter dem Stichwort „Junges Wohnen“ und „Wohnen und Arbeiten“, keine tatsächlich tragfähige Umsetzung jugendlicher Bedürfnisse zu Stande brachte. Immer wieder wurden Sachzwänge vorgebracht: das sächsische Baurecht verlange die Sanierung der Sanieranlagen und Stromleitungen. Anfragen nach Wohnungen wurden monatelang ignoriert oder abgelehnt. Fast schien es, als würde die GGG letztlich vor einer zu großen Anzahl Jugendlicher, die auf *einem* Ort konzentriert wären, zurückschrecken.

Die Stadt bekommt Angst vor jungen Menschen. Eine Folge der Entwöhnung?

Zu guter Letzt kam der Schock, der an keinem bewusst am Stadtleben teilhabenden Jugendlichen vorbeiging und der bei Besuchern aus anderen Städten stets ungläubiges Staunen und Kopfschütteln auslöst: Ein großer Teil des Brühls wird zum Altersheim bzw. zu altersgerechten Wohnanlagen umgebaut. Was in den Ohren jener Besucher wie ein schlechter Scherz klingt, ist für uns bizarrer Ernst. Die Bedürfnisse einer nach Freiräumen suchenden Jugend werden darin vollkommen ignoriert.

Die GGG = die Stadt

Die GGG ist ein kommunales Wohnungsunternehmen, das einerseits wirtschaftlich arbeiten muss, das sich aber andererseits auch, wenn man es denn will, direkt nach den Bedürfnissen der Chemnitzer Bevölkerung respektive ihren politischen Repräsentanten richten muss, wenn denn eine politische Willensbekundung von Seiten des Stadtrats zu Stande käme, so wie es auch beim Projekt „Brühl“ notwendig gewesen wäre. Mit realpolitischem, pragmatischem Auge gesehen, können wir das Handeln der GGG durch- aus nachvollziehen. Als Grossunternehmen ist sie Sachzwängen unterworfen, die sie nicht missachten kann. Vielmehr ist die gesamtgesellschaftliche Regulierung und Gesetzeslage nicht mehr passend zum Charakter einer in jeder Hinsicht schrumpfenden Gesellschaft. Die politischen Handlungsmodelle sind sämtlich für wachsende Strukturen und Populationen ausgelegt. Und gerade dieses Wachstum gehört unwiederbringlich der Vergangenheit an.

Da die Stadt bzw. GGG unseres Erachtens nach das Einfühlungsvermögen hinsichtlich der Bedürfnislage verschiedener Bevölkerungsgruppen und der Gesamtsituation der Stadt vermissen lässt, haben wir uns zu dieser Hausbesetzung entschlossen. Sie soll in gewisser Weise die Sinnhaftigkeit der städtischen Politik hinsichtlich Jugendabwanderung und allgemeinen Schrumpfungprozessen hinterfragen.

„Der Kämpfer“

Warum haben wir den „Kämpfer“ ausgewählt?

Zunächst einmal stehen die beiden Gebäude unter Denkmalschutz und sind in einem erhaltenswürdigen Zustand, der sich jedoch zunehmend durch defekte Regenrinnen und undichte Dächer der hinteren Anbauten verschlechtert.

Wie wir anhand anderer Fälle wissen, ist es für die GGG durchaus möglich, auch denkmalgeschützte Bausubstanz abreißen zu lassen. Der Vorgang ist an sich lediglich ein verwaltungstechnischer Akt: Zunächst richtet sich die GGG mit ihrem Abrissgesuch an das Denkmalschutzamt, das jenen im Normalfall begründet zurückweist. Nun reicht das Wohnungsunternehmen den gleichen Antrag beim Regierungspräsidium, der nächst höheren Institution, ein, bei der er im Normalfall wohlwollend behandelt wird. Das Denkmalschutzamt hat daraufhin die undankbare Aufgabe, die Abrisserlaubnis, mit Weisung des RP, zu erteilen.

Über kurz oder lang könnte auch der „Kämpfer“ davon betroffen sein.

Der „Kämpfer“ ist dabei nur exemplarisch für viele leer stehende Gebäude in der Stadt. Trotz einem relativ guten Zustands, kann man nicht an ihn heran, es sei denn man äußert Kaufabsichten. Es liegt auf der Hand, dass wir dies weder können noch wollen, ebenso wie ein Verkauf der größten Anzahl von Immobilien in Chemnitz ohnehin nur noch illusorisch scheint.

Zudem haben die Gebäude eine bewegte Geschichte: Der von der KPD in Auftrag gegebene Bau der beiden Häuser wurde seit 1919 hauptsächlich von der Redaktion und Druckerei der Tageszeitung „Der Kämpfer“ genutzt. Desweiteren hatten die Bezirksleitung der KPD, sowie der Kommunistische Jugendverband dort ihren Sitz. Unter nationalsozialistischer Herrschaft mussten diese Institutionen verschwinden bzw. untertauchen. Nach zwischenzeitlicher Nutzung als Wohn- und Gewerbehäuser wurde 1968 an dieser Stelle die erste sog. Gedenkstätte der Arbeiterbewegung in Karl-Marx-Stadt eröffnet und bis 1991 als „Der Kämpfer“ betrieben. Man sieht, dass die Denkmalschutzwürdigkeit nicht allein aus architekturhistorischer Sicht von Interesse ist. Fehlt aber die entsprechende Thematisierung der

historischen Hintergründe, ebenso wie eine Nachnutzung, verblasst das Denkmal und zerfällt.

Zusammenfassung und Abschluss

Die Stadt hat eine besonders deprimierende soziale und (sub)kulturelle Gemengelage, die sie von vergleichbaren ostdeutschen Städten negativ unterscheidet. Jugendliche Eliten und Menschen mit differenzierten Lebensansprüchen verlassen die Stadt und sorgen für eine Schieflage in der Bevölkerungszusammensetzung. Die demografische Lage ist alarmierend. Trotz dessen wird den Problemen oft nur halbherzig entgegengetreten und werden Entscheidungen hinausgezögert. Wir, die wir uns als Teil der Zivilgesellschaft verstehen, wollen an den notwendigen Veränderungen beteiligt werden. Da die politische Sphäre nicht die Unsere ist, ist es uns nicht möglich, konkrete, den Ausdruck der Gremien angepasste Forderungen zu stellen.

Es geht uns am Beispiel der Karl-Immermann-Strasse 23/25, um eine unbürokratische Vermittlung abrissgefährdeter Bausubstanz an interessierte Menschen.

Dazu benötigen Jugendliche in dieser Stadt einen Ansprechpartner für ihre Belange.

In diesem Sinne ist dieses Dossier eine Handreichung an politische Entscheidungsträger und interessierte Menschen, die einen Einblick davon bekommen sollen, wie junge Leute selber ihr Leben in dieser Stadt wahrnehmen.

Initiative Eberhard Weber

Chemnitz, 20.6.2007